

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 19

Artikel: Samisdat : ein Heft zur Information
Autor: Tarsis, Valerij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095121>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Warnung Sacharows an den Westen

Höchste Zeit zu hören

Ein Aufruf von Dimitri Panin

Seit kurzem lebt der russische Physiker Dimitri Panin im Westen. Er ist ein Freund Solschenizyns und übrigens auch das Modell einer seiner Romangestalten. Hier appelliert er an uns, die noch vernehmbaren freien Stimmen aus der Sowjetunion endlich zu hören. Sie warnen uns vor einer Koexistenz, die auf Kosten all dessen geht, was sie eben erreichen sollte. Natürlich passt das dem Westen nicht. Gerade deshalb muss er gedrängt werden. Denn wenn er seine verzweifelten und dezimierten Mahner im Osten opfert, wird er auch sich selber opfern.

Die Wochenzeitung «Le Point» (Nr. 50, 3. 9. 73) hat einen Artikel des sowjetischen Journalisten Vladimir Simonow, Kommentator der Agentur «Novosti» veröffentlicht, in welchem er zu den mutigen Erklärungen des Akademiemitgliedes Sacharow vor Pressejournalisten in Moskau Stellung nahm.

Ich erkläre dazu: Es waren nur 40 von den 200 Akademiemitgliedern, welche Sacharow und Solschenizyn verurteilten, dazu 35 Sowjet-Wissenschaftler aus Sibirien und einige Schriftsteller und Komponisten. Diese Verurteilung geschah in aller Eile. Die Tageszeitung «Iswestia» begann mit der Veröffentlichung von Briefen, welche angeblich von Arbeitern, Kolchose-Angehörigen und Angestellten stammten, die Sacharow verurteilten, ohne seine Erklärungen gelesen zu haben, denn sie waren in der Sowjetpresse nicht veröffentlicht worden. Trotzdem ist die Stimme eines andern Wissenschaftlers, des Physikers Turschin, in diesem Chor von Sklaven, in dieser

Atmosphäre des Schreckens nicht zu überhören. Er hatte den Mut, Sacharow zu verteidigen.

Die Wochenzeitung «Le Point» hätte Männer wie Turschin und die Millionen Bürger zum Wort kommen lassen müssen, welche schon seit 56 Jahren ihren Kampf gegen das Regime führen. «Le Point» liess dafür seine Spalten einem Agenten des totalitären Regimes und unterstützte so das System des Schreckens und der Gewalttat. Alle Argumente Simonows sind falsch und lügnerisch. Simonow schreibt, dass Sacharow die Welt in den Rüstungswettlauf stürzen wolle. Das Gegenteil ist wahr. Sacharow ruft den Westen auf, niemals zu vergessen, dass Moskau bei den Verhandlungen lügt, dass ohne authentische und sofortige Kontrolle keine Vereinbarung unterzeichnet werden darf. Denn während der Westen bereit ist, die Verpflichtungen zu erfüllen, pfeift die UdSSR auf Verträge und wird ohne wirksame Kontrolle weiter aufrüsten. Sacharow betrachtet die Rüstungskontrolle als einen Akt der Gegenseitigkeit. Der Westen, der alle seine Türen, die schon weit offen sind, noch mehr öffnet, hat das Recht, zu wissen, was hinter dem eisernen Vorhang passiert. Wenn die UdSSR die Kontrolle fürchtet, beweist das, dass Sacharow, Solschenizyn und die andern, welche die Welt warnen und die Verbrechen des Regimes entlarven, Recht haben. Herr Simonow schreibt, dass Sacharow die friedliche Koexistenz erschüttern wolle. Die friedliche Koexistenz existiert nicht; darum kann sie auch nicht erschüttert werden. Der Aggressor hält sich lediglich an einen zeitlich begrenzten Waffenstillstand, den er für eine masslose Aufrüstung und für die Subversion im Innern der noch freien Völker benützt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da nicht nur China Versuche mit Atomwaffen und Raketen macht, nützt der Vertrag zwischen UdSSR und USA nur den Sowjets. Denn von ihren Atom-Unterseebooten aus kann die Sowjetunion jedes beliebige Zentrum der USA erreichen, während auf Grund der Vereinbarungen die USA in den Verteidigungsanstrengungen gegenüber der atomaren Bedrohung nachlässt.

Sacharow hat recht, wenn er von Demokratisierung des Regimes spricht. Sie ist für den Westen von vitaler Bedeutung, denn was das totalitäre Sowjet-Regime heraufbeschwören will, ist erbit-

terte Feindschaft gegen die freie Welt. All jene, die dieses System kennen, teilen die Ansicht Sacharows, dass das Regime eine trügerische Maske trägt, während es bis an die Zähne bewaffnet ist. Wenn der Westen nicht begreift, wird er zugrunde gehen.

Als Mann, der selber alle Formen der Ausbeutung und Gewalt unter dem kommunistischen System kennen gelernt hat, füge ich zu den Erklärungen des Akademiemitgliedes Sacharow folgendes bei:

- Die Nichteinmischung ist eine bequeme Sache für die Kerkermeister dieses Regimes, die aus dem Volk Sklaven gemacht haben. Die Mehrheit der Bevölkerung unter Sowjetherrschaft begrüsst die Einmischung in Form ehrlicher und objektiver Kontrolle aller Lebensgebiete, ohne welche die Verträge weder unterzeichnet werden können noch dürfen.

- Die Bevölkerung der Sowjetunion hat ein Anrecht auf objektive Information. Darum ist die Übertragung von Sendungen über Satelliten erforderlich. Auch sind die Störsendungen einzustellen.

- Aus dem Sprachgebrauch sind die Ausdrücke «kalter Krieg» und «Entspannung» zu entfernen, denn sie sind nichts als irreführende Propagandaschlagworte. Dafür muss energisch mit einer aktiven Verteidigung begonnen werden.

Nur unter diesen Voraussetzungen sind geordnete Beziehungen zum Sowjetregime möglich.

Dimitri Panin

Samisdat

Ein Heft zur Information

Eugen Voss: «Samisdat. Das Wagnis des freien Geistes in der Sowjetunion.» Nr. 6/1973 der Zeitschrift «Glaube in der 2. Welt», Küssnacht-Zürich, Fr. 6.—.

Seit Beginn dieses Jahres gibt der Verein «Glaube in der 2. Welt» Monatshefte unter der Redaktion von Eugen Voss heraus. Die Juninummer war dem Phänomen des sowjetischen Samisdat gewidmet, der in seinem Wesen, seinen Formen, seiner Funktion, seiner Wirkung und seiner Unterdrückung durch die Machthaber vorgestellt wird.

Seit Beginn des Jahres 1972 hat das Regime zu einem Ausrottungsfeldzug gegen die inoffizielle Institution des «Selbstverlags» angesetzt; eine Kampagne, die laufend neue Höhepunkte erreicht, wenn Autoren von Samisdatmaterial eingesperrt oder ausgesperrt (ohne Rückkehrmöglichkeit ins Ausland abgeschoben) werden. Die «Chronik der laufenden Ereignisse» als wichtigste Informations-«Zeitschrift» und gleichzeitig als wichtigste Sammelquelle des Samisdat ist der Polizeiaktion erlegen und besteht seit Ende 1972 nicht mehr, nachdem sie zuvor in den knapp fünf Jahren ihres Bestehens immer grössere Ausbreitung hatte gewinnen können. In dieser Entscheidungsphase ist es doppelt wichtig zu wissen, was der Samisdat ist, was er innerhalb und

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Hans Erpf

Abonnementspreise

Fr. 30.— jährlich (Ausland Fr. 33.—, DM 30.—)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.—

(Ausland Fr. 22.—, DM 20.—)

Halbjahr Fr. 16.— (Ausland Fr. 17.—, DM 16.—)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.—, DM 1,50)



Sacharow: Bald die letzte Warnung an den Westen?

ausserhalb der Sowjetunion für eine Bedeutung hat.

An sich ist der Samisdat nichts weiter als eine Methode, die Zensur zu unterlaufen. Ein beliebiger Text wird dadurch verbreitet, dass der Leser ihn in mehreren Exemplaren kopiert, die er zur weiteren Vermehrung an andere Interessenten verteilt. Ein Kettenbriefsystem also, das an sich Träger beliebiger Schriften sein kann und es auch ist: Belletristik, Information, Meinungsäusserungen, Aufrufe, Bittbriefe, Proteste, das alles ist durch Samisdat verbreitet worden und wird es weiterhin. Inhaltlich freilich wird diese Technik dann gebraucht, wenn es sich um Texte handelt, die auf andere Weise nicht verbreitet werden können. Deshalb ist der Samisdat zur unzensierten Stimme der Sowjetunion geworden. Unter diesem Namen (Vorläufer hat es zuvor schon gegeben) zirkuliert er seit Beginn der Breschnew-Aera und ist eine Antwort auf ihre verschärfte Repression. In dieser Periode von nicht ganz zehn Jahren hat er seine starke Verbreitung gefunden und ist überdies immer deutlicher zum Träger einer deklarierten Opposition geworden. Druck und Widerstand steigerten einander. Es stellt sich die Frage, ob diese «Eskalation» nun am Ende ist, ob die Einschüchterung einen Grad erreicht hat, wo sie nicht mehr durch zusätzliche Herausforderung beantwortet werden kann.

Die Frage muss offen bleiben. Aber das Ende seiner bekanntesten «Institution» und die Verfolgung seiner bekanntesten Autoren können dem Ende des Samisdat nicht gleichgesetzt werden. Sein Umfang ist insgesamt nämlich wirklich verblüffend. Dazu E. Voss:

Die grösste Samisdatensammlung der Welt besitzt die Forschungsabteilung von Radio Liberty in München. Sie wurde unter der Leitung von Dr. Albert Boiter, dem Leiter der Forschungsab-

Dokumente zur sowjetischen Literaturpolitik 1917—1932. Mit einer Analyse von Karl Eimermacher. Stuttgart 1972. 457 Seiten, Fr. 37.10.

Ein ganz einmalig wertvolles Buch! Hier liegen Dokumente, Reden und Artikel vor, die man in der Sowjetunion um keinen Preis bekommen kann und die gossenteils überhaupt nicht bekannt sind — Materialien, die Licht werfen auf die Entwicklung der Sowjetliteratur und der diesbezüglichen Parteipolitik.

Besonders zu erwähnen sind die Artikel und Reden von Trotzki, Bucharin, Lunatscharski und Woronski, deren gesamte Publikationen längst aus allen sowjetischen Bibliotheken beschlagnahmt, verschwunden sind — ein deutlicher Hinweis auf die Möglichkeit oder Unmöglichkeit wissenschaftlicher Betätigung in der UdSSR.

A. K. Woronski war der bedeutendste sowjetische Literaturkritiker; bis heute ist kein gleichrangiger mehr aufgetreten. Es war ein Vergnügen, stundenlang mit diesem überaus gescheiten Mann sich zu unterhalten! Auch Stalin schätzte solche Gespräche; in einer Rede sagte er von Woronski: «Wenn er kein Trotzki wäre, würde er zu unserem Belinski»; da er aber «Trotzki» war, liess ihn derselbe Stalin Ende der dreissiger Jahre erschliessen . . .

Bemerkenswert ist auch, dass in der vorliegenden Dokumentation die Briefe von Michail Bulgakow und Jewgenij Samjatin an Stalin angeführt werden — Texte, die man auch unter Fachleuten in der UdSSR nicht kennt. Man möchte ihnen allen den Zugang zu diesem Werk wünschen.

Valerij Tarsis

teilung aufgebaut. Radio Liberty hat bisher 1200 Titel textkritisch ediert. Mehrere hundert weitere Titel warten noch auf Verarbeitung. Die Sammlung wächst täglich durch Neueingänge.

Was ausserhalb der Sowjetunion sichtbar wird, ist nur die Spitze des Eisberges. Ueber den wirklichen Umfang des sowjetischen Samisdat gibt es keine Unterlagen. Es kann sie angesichts der Sache gar nicht geben.

Betrachtet man den Autorenkreis, der in den hier bekannten Texten erscheint, so ist er verhältnismässig eng begrenzt. Es tauchen immer wieder dieselben Namen oder Gruppen auf. Betrachtet man aber die Kreise, die in der Sowjetunion hinter solchen Autoren und Texten stehen, so kommt man bald auf Tausende von Personen. 1453 baptistische Mütter haben z. B. eine einzige Petition unterschrieben, in der sie darum bitten, dass ihre Kinder wegen religiöser Erziehung nicht diskriminiert werden sollen. Ueber 12 000 Unterschriften haben die Katholiken Litauens unter den Brief an Parteisekretär Breschnew gesetzt, den sie UNO-Generalsekretär Waldheim zum Ueberbringen schickten. Drei Millionen Unterschriften haben die Krimtataren unter ihre Petitionen im Laufe weniger Jahre gesammelt. Solche Zahlen deuten die Verbreitung des Samisdat an.

Aber kann eine Polizei, die sich zum Durchgreifen entschlossen hat, nicht trotzdem der Dinge Herr werden? Voss antwortet optimistisch:

Anfänglich stand der sowjetische Machthaber der Erscheinung des Samisdat ratlos gegenüber. Gesetzlich liess sich nichts gegen das Weiterreichen von Abschriften und Schreibmaschinenkopien einwenden. Das Gesetz gegen die Verbreitung von Flugblättern konnte nicht angewendet werden. In diese Gesetzeslücke stiess der Samisdat als eine völlig legale Erscheinung vor. Anlass zum Zugreifen bot dem Sicherheitsdienst die Veröffentlichung von Schriften sowjetrussischer Autoren im Ausland. Als ihre Pseudonyme aufgedeckt waren, wurde Juli Daniel und Andrej Sinjavski 1965 der Prozess gemacht. Man legte ihnen zur Last, ihre Werke im Ausland veröffentlicht zu haben. Der Prozess hätte abschreckende Wirkung zeitigen sollen. Er wirkte jedoch kontraproduktiv und löste die Menschenrechtsbewegung aus. Parallel damit ging die Entwicklung des Samisdat. Als dieser zu einer Mas-

senerscheinung geworden war, konnte nicht mehr daran gedacht werden, weitere Prozesse wie den gegen Daniel und Sinjavski zu inszenieren. Aida Skripnikova wurde zwar wegen der Vermittlung kirchlicher Informationen ins Ausland zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Aber der Informationsstrom, der von den Evangeliumschristen-Baptisten ausgeht, konnte bis heute nicht unterbunden werden. Mit Pjotr Jakir ist zwar eine Schlüsselfigur der «Chronika» ausgeschaltet worden. Aber diese Zeitschrift ist nicht der ganze Samisdat. Auch der Beitritt zur Urheberrechtskonvention vom Mai 1973 dürfte kaum die sowjetischerseits erhoffte Wirkung zeitigen. Dem Samisdat ist nur äusserst schwer beizukommen. Vermutlich werden viele Autoren sich jetzt Pseudonyme zulegen. Aber das ist keine neue Erscheinung. Es gab sie schon zur Zeit des Neuen Testaments. Und es gab sie im kaiserlichen Russland. Lenin beispielsweise benutzte vor der Revolution etwas mehr als 170 Pseudonyme.

Vergleicht man die geistige Lage in der Sowjetunion in der Zeit vor 1960 mit dem einen Jahrzehnt von 1960 bis 1970, das den Aufbruch des Samisdat brachte, so gewinnt man den Eindruck, einen Vorgang zu beobachten, der sich trotz allem Widerstand seitens von Partei und Staatsapparat mit der Eile eines Sturmes abspielt. Mit einem Satz gesagt: im Samisdat triumphiert der freie Geist über den Totalitarismus.

Nun, der Hinweis auf die Legalität der Technik ist natürlich der geringste Trost: Auf Propaganda zur Schwächung der Sowjetmacht stehen drei bis zehn Jahre, und über den Tatbestand befindet der Repressionsapparat nach seinem Belieben. Abgesehen davon ist man auch sonst nicht formell. Als der geständige Jakir der ausländischen Presse vorgeführt wurde, bekannte er, durch seine Kontakte mit Ausländern die Gesetze gebrochen zu haben. Aber die Frage, welche Gesetze denn Kontakte zu Ausländern verboten, konnten weder er noch der dabeistehende Staatsanwalt beantworten. Es stimmt sicher, dass dem Samisdat nur äusserst schwer beizukommen ist, aber die Polizei tut es sich auch schwer. Dafür machen es sich die Machthaber mit der Begründung ihres Polizeiterrors immer

(Fortsetzung auf Seite 4)

à propos Mensch

A propos *Sowjetmensch* vielleicht. In den Zeitungen hat man nichts davon gelesen. Klar: In der Sowjetpresse stand aus verständlichen Gründen nichts darüber, TASS gab keine Agenturmeldung, und ausländische Journalisten halten sich in Dneprodzschinsk nicht auf. Das ist eine Hafen- und Industriestadt am Dnjepr im Gebiet Dnepropetrowsk in der Ukraine, mit immerhin 227 000 Einwohnern (1970). Nun ist die Nachricht von Unruhen im letzten Sommer per Samisdat doch durchgesickert: ein Stückchen «Chronik der laufenden Ereignisse» ausserhalb der seit einem Jahr abgewürgten Samisdat-Publikation gleichen Namens:

Zu den Ereignissen in Dneprodzschinsk im Sommer 1972

«Es geschah buchstäblich einige Tage nach der Veröffentlichung des Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR über die Verstärkung des Kampfes gegen den Alkoholismus (23./25. 6. 72).

Es war ein arbeitsfreier Tag — Samstag oder Sonntag. Nach dem Hochzeitsessen in einem Haus gingen die Gäste und die Jungvermählten, nachdem sie etwas getrunken hatten, auf die Strasse spazieren, wie dies in Provinzstädten üblich ist. Gewöhnlich gab es von seiten der Polizei keinerlei Einwände dagegen.

Nicht so dieses Mal. Nach ganz kurzer Zeit wurden die Spaziergänger von einer Polizeipatrouille angehalten und aufgefordert, auf den Polizeiposten zu kommen. Nicht so sehr die Tatsache der Festnahme an sich, als vielmehr die Grobheit der Polizisten weckten die Empörung von Passanten und Festgehaltenen. Sie umringten die Polizisten in einem festen Kreis und verlangten, dass die Leute freigelassen würden. Die Polizei musste rasch ein Spezialauto kommen lassen. Der Skandal weitete sich aus. Vier der Festgehaltenen erklärten sich bereit, das Auto zu besteigen, weil viele Passanten sich anerbieten, dem Auto zu folgen, um an Ort und Stelle auf dem Polizeiposten zugunsten der Festgehaltenen auszusagen. Das Auto fuhr los, hinter ihm her ging eine kleinere Menge, die ganz kämpferisch gestimmt war.

Ungefähr auf halbem Wege stiess das Polizeiauto mit einem Lastwagen zusammen (schuld war der Fahrer des Polizeiautos) und fing fast sogleich zu brennen an. Es ist kaum anzunehmen, dass der geringfügige Zusammenprall Ursache des Brandes war. Das stehengebliebene Auto umringte sogleich eine Menge. Sie vor dem Feuer in Sicherheit bringend, sprangen die Polizisten aus der Fahrerkabine. Die Passanten stellten fest, dass alle Polizisten nicht nüchtern waren, und begannen zu fordern, dass sie den Schlüssel zum Wagenkasten herausgeben sollten. Die Polizisten weigerten sich, den Schlüssel herzugeben, und behaupteten, es sei niemand im Auto. Das Feuer erfasste inzwischen das ganze Fahrzeug, und die Polizisten, die eine Explosion befürchteten, versuchten in Deckung zu gehen. In dem Moment kamen die hinter dem Auto zurückgebliebenen gewesenen Zeugen auf den Schauplatz und riefen: «Genossen, es sind Leute dort drin!» Man öffnete den Wagenkasten...

Zwei der «Insassen» des Wagenkorbs waren schon tot. Einer starb sogleich, nachdem man aufgeschlossen hatte, der vierte starb kurz darauf im Spital. Die empörte Menge stürzte sich mit Schreien «Faschisten! Haut sie! Säufer!» zum Polizeiposten und erstürmte ihn. Der diensthabende Offizier schaffte es, telefonisch dem Stadtkomitee der KPdSU über das Vorgefallene Bericht zu erstatten. Als die Menge ihn zu verprügeln anfang, bezog er sich auf die Parteipolitik und die Richtlinie des Stadtkomitees. Die Menge zog zum Stadtkomitee der KPdSU. Der Diensthabende im Stadtkomitee (es war arbeitsfreier Tag), über das Erscheinen einer Menge vorgewarnt, begab sich auf die Freitreppe und versuchte, mit den Leuten zu verhandeln, aber bald — verärgert über die höhnischen Antworten — hielt er nicht mehr an sich und begann den Menschen mit Gefängnishaft und Vergeltung zu drohen — solchen Auführern und Feinden der Sowjetmacht. Darauf ging die Menge daran, die Scheiben des Stadtkomiteegebäude) einzuwerfen, und veranstalteten ein Pogrom im Gebäude. Der Diensthabende des Stadtkomitees, der sich im Gebäude eingeschlossen hatte, telephonierte unterdessen dem Ersten Sekretär in dessen Wohnung.

Ueber das Vorgefallene informiert (die Menge beim Stadtkomitee wuchs mehr und mehr an), verband sich der Erste Sekretär sogleich mit den Streitkräften (die Art der Streitkräfte konnte nicht festgestellt werden), und etwa drei Regimenter trafen etwa eine Stunde später beim Gebäude des Stadtkomitees ein. Nach der ersten Aufforderung, sich zu zerstreuen, eröffneten die Soldaten das Feuer aus Maschinenpistolen.

An jenem Tag wurde niemand verhaftet. Die Menge zerstreute sich. Die Zahl der Opfer konnte nicht genau festgestellt werden, aber zweifellos sind folgende Opfer gefordert worden: die vier, die beim Brand des Autos umkamen, und mehrere (mindestens zwei) Polizisten, die durch die Menge gelyncht wurden. Ausserdem wurden auf dem Platz vor dem Stadtkomitee durch das Maschinenpistolenfeuer mindestens zehn Menschen getötet oder verwundet.»

Man beschäftigt sich hierzulande derzeit viel mit den von realistischer Existenzangst diktierten Massnahmen des Sowjetregimes gegen die «artikulierte Opposition» — gegen Andersdenkende, die ihre Meinung in aller Öffentlichkeit vertreten und deshalb mund- oder überhaupt tot gemacht werden «müssen». Dazu gibt es bekanntlich die SPB, die Psychiatrischen Sonder-Anstalten, nebst den altbewährten KZs.

Die Information aus Dneprodzschinsk besagt allerdings, dass die Reaktion der Parteiführung der Lage nicht angemessen ist: Wie schon in den sechziger Jahren in Nowotscherkassk und in Tiflis, wie 1970 in den polnischen Hafenstädten erweist sich, dass ein an sich geringfügiger Anlass genügt, um die sonst schweigende Mehrheit, deren Schweigen natürlich als Unterstützung der Parteipolitik ausgelegt wird, deutlich werden zu lassen: Also das ist die tatsächliche Verfassung *des Sowjetmenschen!* Wir haben kein Recht, das zu ignorieren, bloss weil «Prawda» und «Iswestija» nichts davon berichten, sondern sind durch diese nüchterne Berichterstattung einmal mehr aufgefordert — gerade auch im Hinblick auf die KFSE — zum Mitdenken, zur Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass «der Unbekannte Sowjetmensch» gegen sein Establishment ist.

HTD

Samisdat

(Fortsetzung von Seite 3)

leichter. Sie verzichten zusehends mehr auf rechtsstaatliche Alibis und haben gar nichts dagegen, wenn ihre Methoden an die Zeiten Stalins erinnern, von denen man sich nicht einmal mehr distanziert. Die Frage ist, ob sie damit durchkommen, im Inland und im Ausland. Mit dem Inland, über das sie mit uneingeschränkten Machtmitteln verfügen können, haben sie wahrscheinlich trotzdem die grösseren Sorgen.

Die überaus instruktive Broschüre von Eugen Voss enthält noch detaillierte Hinweise darauf, wo man sich im Westen Samisdat-Materialien anfordern kann. Das vorhandene Schrifttum ist erstaunlich reichhaltig und vielfältig. Es würde nur noch gelten, seinen Inhalt einem widerwilligen Westen bewusst zu machen. *cb*



Zu Chile

Die Kundgebungen von heute werden die Mythen von morgen. Im Falle der Trauersolidarität «mit Chile» sind sie bereits mit Bombenanschlägen gegen amerikanische Gesellschaften virulent geworden. Bombenanschläge hatte es in den letzten Wochen der Amtszeit Allendes auch in Chile gegeben. Gegen ihn. Man hatte aus ihnen den faschistischen Charakter der Terroristen abgeleitet...

*

Aber es geht um die längerfristige Wirkung der Legendenbildung für das öffentliche Bewusstsein. Das Beispiel des IIT-Konzerns ist recht bezeichnend. Man hatte ihn, in der nordamerikanischen Presse übrigens, beschuldigt, zusammen mit der CIA (sie wird bei solchen Anklageschriften immer als Mittäter vorausgesetzt), vor drei Jahren die Wahl Allendes zum Präsidenten verhindert wollen zu haben. Beschuldigt = überführt = bestraft. So geht bei uns der «Bewusstmachungsprozess». Ein Vorurteil im allerwörtlichsten Sinne, das sowohl spontan wie systematisch aktiviert wird.

*

Kein Zweifel, dass man weitherum auch beim gewaltsamen Ende des chilenischen «Experiments» die nordamerikanische Komplizenschaft, wenn nicht Urheberschaft, «wissen» wird. Weil Washington das Regime in Santiago nicht mochte. Das ist Beweis genug.

Oder fast. Die Vorarbeit der Indizienbeweise hat in den allerbesten Gazetten begonnen. «Washington hatte Putsch erwartet.» Ein Zeitungstitel («Nationalzeitung», 13. September). Darunter der Bericht: Man hatte in der US-Hauptstadt bereits drei Wochen zuvor in Spionage- und Diplomatenkreisen von einem bevorstehenden Putsch geredet. Wenn das keine Enthüllung ist! Gleichzeitig hat die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle den Waffenexport nach Chile angeprangert. Mit der Begründung...